LUDWIGSBURG

Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 08.10.2013, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Bericht der interkommunalen Kunstschule Labyrinth	Vorl.Nr. 287/13

Beratungsverlauf:

Herr **Raithel** (Kunstschule Labyrinth) stellt unter Verweis auf die Vorl.Nr. 287/13 den Jahresbericht der interkommunalen Kunstschule Labyrinth vor und berichtet über Angebote, Projekte und Kooperationen. Weiterhin gibt er einen Ausblick auf das Kunstschuljahr 2013/2014, die moderate Anhebung der Gebühren und die Schaffung einer Kontaktstelle für Kooperationen.

Stadträtin **Kreiser** hält eine moderate Erhöhung der Gebühren für sinnvoll, wenn diese die Präsenz in den Schulen und Kindertagesstätten sicherstelle. Weiterhin lobt sie die umfangreichen Kooperationen.

Stadträtin **Schittenhelm** spricht sich ebenfalls für moderate Gebührenerhöhungen aus, solange diese nicht als Ausschlussfaktor die Beteiligung bestimmter Bevölkerungsschichten verhindere. Aus eigener Erfahrung begrüße sie den Ansatz, die Ausstellungen bekannter zu machen, da beispielsweise die Eröffnungen gering besucht seien.

Stadtrat **Weiss** sieht aufgrund des Abmangels und der wirtschaftlichen Entwicklung die Notwendigkeit von Gebührenanpassungen und bittet darum, deren Höhe schnellstmöglich zu konkretisieren. Darüber hinaus tritt er nach einer gewissen Anlaufzeit für einen Bericht zur „Kontaktstelle Kooperationen“ ein.

Stadtrat **Dr. Vierling** spricht seine Anerkennung für den erwirtschafteten Eigenanteil aus.

Nach den Worten von Stadtrat **Müller** sehe seine Fraktion einen mindestens 50 %-tigen Eigenanteil als ideal an. Er ermutigt die Kunstschule, diese Marke zukünftig dauerhaft anzustreben und sich über dieser zu halten.

Stadtrat **Kemmerle** erkundigt sich, ob in der Kunstschule durch das Bildungs- und Teilhabepaket geförderte Schüler aktiv seien.

Herr **Raithel** führt aus, dass sozial benachteiligte und Familien mit geringem Einkommen über die Ermäßigungen der Ludwigsburg Card einen breiten Zugang zu den Angeboten der Kunstschule erhielten. Darüber hinaus seien andere Angebote, wie z.B. die „Taschengeldpreise“ im Hip-Hop-Bereich für diese Zielgruppe vorhanden.

Frau Richert (FB Kunst und Kultur) weist darauf hin, dass das Feld der Kooperationen und Konkurrenzen im Rahmen des Arbeitskreises kulturelle Bildung detaillierter behandelt werde. Auf dieser Plattform seien die wesentlichen Partner, die momentan Kooperationen durchführten, vertreten, um sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Ziel sei es, gewachsene Kooperationen zu halten und Neukooperationen zu überprüfen.

TOP 2	Scala gGmbH 2012 und Zuschussantrag 2014 (Vorberatung)	Vorl.Nr. 332/13

Beschluss:

1. Der Jahresbericht für 2012 der Scala Kultur gGmbH - Abteilung Theatersommer - wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
   Der Jahresabschluss 2012 der Scala Kultur gGmbH wird zur Kenntnis genommen.

2. Den Programmplanungen der Scala Kultur gGmbH - Live Kultur und Theatersommer - wird zugestimmt.

3. Für den Haushalt 2014 wird, vorbehaltlich der Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2014 durch den Gemeinderat, für den Theatersommer ein Förderbetrag von 123.650,- EUR und für Scala Live Kultur ein Förderbetrag von 209.650,- EUR genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr Kratz (Theatersommer Ludwigsburg) zieht anhand der Vorl.Nr. 332/13 Bilanz über die Spielzeit 2012 des Theatersommers. Hierbei geht er insbesondere auf die Inszenierungen, Besucherzahlen, Auswirkungen der Umsatzsteuerbefreiung, Finanzierung sowie den Umgang mit Musikveranstaltungen im Biergarten des Ratskellers ein.

OBM Spec sagt zu, das Problem der Beeinträchtigung durch Musikveranstaltungen des Ratskellers aufzunehmen und verwaltungsintern an den zuständigen Fachbereich weiterzuleiten, damit eine für beide Seiten akzeptable Lösung gefunden werden könne.

Herr Lichtner (Scala Kultur gGmbH) berichtet mit Schwerpunkt auf den Planungen für die Spielzeit 2014/15 und die zweigleisige Kulturarbeit zwischen Weiterführung der Marke „Scala: On Tour!“ und der Wiedereröffnung des Hauses im September 2014. Weiterhin tätigt er Ausführungen zum Zuschussantrag 2014, den erwarteten Fixkostenerhöhungen nach der Eröffnung der neuen Spielstätte, der Erhöhung des Eigenanteils sowie dem für 2014 geplanten Marketingkonzept.

Stadträtin **Kreiser** erkundigt sich nach der Entwicklung und Weiterführung der Kooperation mit der Gastronomie sowie nach Einbringung von Finanzierungsmitteln durch den Freundeskreis. Im Hinblick auf die Weiterführung von „Scala: On Tour!“ sehe sie die Mehrkosten als wichtiges Kriterium an. Weiterhin erachte sie Jugend- und Schulkooperationen als sehr wichtig und bedauere, dass die Landesförderung für diesen Bereich eingestellt wurde. Einen Ausgleich des daraus entstehenden Mehrbedarfs könne sich ihre Fraktion vorstellen.

Stadträtin **Schittenhelm** nimmt Bezug auf die entfallende Projektförderung für das Schultheater. Aufgrund der überwiegenden Teilnahme von Schulen aus dem Landkreis sehe sie diesen in der Pflicht, sich am Ausgleich zu beteiligen. Die Mehrbelastung aus der Umsatzsteuerbefreiung würde ihre Fraktion mittragen.

Hinsichtlich der Mitfinanzierung der Mehrkosten aus der Umsatzsteuerbefreiung schließt sich Stadtrat **Weiss** seinen Vorrednern an. Er bittet darum, die erhöhten Aufwendungen durch das neue Haus und die Finanzierung der Mieten durch Scala und Wohnbau Ludwigsburg frühzeitig im ersten Halbjahr 2014 zur Diskussion zu stellen. Ferner wünscht er sich konkrete Aussagen zu den Erfordernissen von Umstrukturierungen im Zusammenhang mit der Beantragung von Zuschüssen.

Stadträtin **Haberzeth-Grau** signalisiert die Zustimmung ihrer Fraktion zur Vorlage und wünscht sich, dass die Gastronomie von der Weiterentwicklung des Kulturbiergartens profitiert.

Stadtrat **Müller** kündigt ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten innerhalb seiner Fraktion an. Eine Fortführung der Marke „Scala: On Tour!“ könne er sich nur vorstellen, wenn sich die Veranstaltungen selber tragen würden. Durch eine Etattrennung in einem gesonderten Betrieb müsse eine Vermischung mit öffentlichen Zuschüssen vermieden werden.

Für Stadtrat **Kemmerle** ist Kultur in Ludwigsburg ohne das Scala nicht mehr denkbar, weshalb er sich für eine solide finanzielle Basis ausspreche. Anschließend kündigt er seine Zustimmung zur Vorlage an.

Stadtrat **Dr. Bohn** befürwortet den Vorschlag von Stadtrat Müller zur wirtschaftlichen Trennung vom Betrieb des neuen Hauses. Außerdem macht er zur Bedingung, dass die Weiterführung von „Scala: On Tour!“ nicht zu Lasten der neuen Spielstätte erfolgen dürfe.

Stadtrat **Dr. Heer** schlägt darüber hinausgehend vor, das erwirtschaftete Defizit als zinslosen Kredit zu gewähren und eine Rückzahlung in den Folgejahren zu vereinbaren. Weiterhin sei der angestrebte Eigenanteil an der Finanzierung im Erfolgsplan 2014 nicht gegeben, weshalb er anrege, „Leitplanken“ für die weitere Entwicklung zu setzen. Die Erhöhung der Zuschussleistungen über mehrere Jahre könne nicht hingenommen werden.

OBM **Spec** weist darauf hin, dass die Erhöhung des Zuschussbedarfes durch die zweigleisige Kulturarbeit nicht Gegenstand der heutigen Beschlussfassung sei. Ein erneuter Bericht wäre im Frühjahr 2014 vorgesehen.

Die Mitglieder des Gremiums zeigen sich während ihrer Redebeiträge fraktionsübergreifend mit dem Engagement und dem guten Abschluss der Spielzeit zufrieden und erkennen die Leistung der Akteure ausdrücklich an.

Herr **Lichtner** geht auf die geäußerten Fragestellungen ein. Insbesondere stellt er klar, dass „Scala: On Tour!“ als Reihe schon seit Jahren am Markt vertreten sei. Die Weiterführung strebe man ausschließlich für Veranstaltungen im größeren Rahmen an. Weiterhin tätigt er zusätzliche Ausführungen zum Defizit, dem Umbau des Kulturbiergartens, zur Rolle des Fördervereins und der Struktur der künftigen Raumkosten, in der sich noch unbekannte Faktoren befänden. Aufgrund des erst seit kurzem bekannten Einzugstermins, seien Programmplanungen bisher nur eingeschränkt möglich gewesen. Herr Lichtner hält einen Probebetrieb ab Mai 2014 bis zur Eröffnung im September für erforderlich. Mit dem Pächter des Biergartens sei man im Hinblick auf

Verlässlichkeit und Strukturen zufrieden. Beim Service sehe man noch weiteren Verbesserungsbedarf.

Abschließend stellt OBM **Spec** die Beschlussziffern 1 bis 3 der Vorl.Nr. 332/13 gemeinsam zur Abstimmung.

TOP 3	Auftragsvergabe an Stadträtinnen und Stadträte - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.12.2012	Vorl.Nr. 637/12

Beratungsverlauf:

Frau **Meier** (FB Revision) führt in die Beratungen ein und schildert die bisherige Verfahrensweise.

OBM **Spec** geht aus seiner Sichtweise auf das Interesse der Allgemeinheit ein, im Gemeinderat ein breites Spektrum der Gesellschaft vertreten zu haben. Dazu würden auch Handwerker oder Architekten zählen, die ihre Dienste dem öffentlichen Gemeinwesen anböten. Für diese Berufsgruppen solle ein diskriminierungsfreier Zugang zum Gremium sichergestellt werden, so dass ihnen keine Vorteile, insbesondere aber auch keine Nachteile durch ihre Tätigkeit entstünden. Transparenz und Kontrolle seien wichtig, würden jedoch durch die Regelungen der Gemeindeordnung sowie die Prüfungstätigkeiten des Fachbereichs Revision und der Gemeindeprüfungsanstalt sichergestellt.

Stadtrat **Dr. Vierling** präzisiert den Inhalt des Antrags Vorl.Nr. 637/12 und charakterisiert die Anforderungen seiner Fraktion an Transparenz im Umgang mit Auftragsvergaben an Stadträtinnen und Stadträte. Nach seiner Auffassung führten enge Bezugspunkte zur Verwaltung durch Auftragsvergaben nicht zur kompletten Unbefangenheit als Kontrolleur der Verwaltung. Hier sei die Sichtweise der Wähler von Bedeutung, welche die Erwägungsmöglichkeit haben sollten, sich an den Summen zu orientieren.

Stadträtin **Kreiser** verweist auf die Bedeutung des handwerklichen Fachwissens für die Arbeit in den Gremien. Transparenz und Sicherheit seien ihres Erachtens nach mit den aktuellen Kontrollmechanismen durchaus gegeben.

Stadtrat **Dr. Bohn** hält es ebenso für vordinglich, durch die Tätigkeit keine Vor- oder Nachteile erwachsen zu lassen. Dies sei durch die reine Veröffentlichung nicht gegeben, weshalb ein Weg gefunden werden müsse, der dem Bürger eine Einschätzung anhand der Verhältnisse der Auftragsvolumina erlaube. Ungeachtet dessen bezeichne er es als unbillig, von einem Handwerker zu verlangen, keine städtischen Aufträge mehr anzunehmen.

Stadtrat **Weiss** hat grundsätzlich keine Einwände gegen mehr Transparenz, hält den Antragswortlaut in den Details jedoch für problematisch. Man könne die Veröffentlichung nicht auf bestimmte Berufsgruppen beschränken und müsse des Weiteren zwischen öffentlicher Ausschreibung und freihändiger Vergabe unterscheiden, weshalb seine Fraktion dem Antrag in der jetzigen Form nicht zustimmen könne.

Stadtrat **Müller** legt auf die Abwägung der gewünschten Transparenz gegen den Schutz der Privatsphäre wert. Hier sei die Bedeutung des Auftrages vor dem Hintergrund des Gesamtauftragsvolumens eines Unternehmens entscheidend, erst dadurch erschließe sich eine eventuelle Abhängigkeit. Daneben dürfe man Umsatz nicht mit Gewinn gleichsetzen. Er würde der Argumentation folgen, nach der eine ausgewogene Zusammensetzung des Gemeinderates angestrebt werde und allen Gruppen der Zugang gleichermaßen ermöglicht werden müsse.

Stadtrat **Kemmerle** sieht die Abwägung eher darin, wie viel Öffentlichkeit jemand vertrage, der geschäftliche Beziehungen zur Stadt unterhalte und gleichzeitig im Gemeinderat sitze. Er spreche sich für eine transparente Regelung aus, die für alle gleichermaßen angewendet werde und bitte ergänzend um weitere Informationen zu den Stellungnahmen des Regierungspräsidiums bei Auftragsvergaben von über 5.000 € an Stadträte.

Stadtrat **Dr. Vierling** sieht es als wichtig an, dass die Wählerinnen und Wähler ihre eigenen Schlüsse aus den geschäftlichen Beziehungen zwischen Stadträten und Stadt ziehen könnten. Weiterhin lege er keinen Wert auf die Abstimmung des Antragswortlautes. Vielmehr gehe es seiner Fraktion darum, das Thema aufzugreifen und Verbesserungen herbeizuführen.

OBM **Spec** weist auf die sensible Diskussion hin. Die Schwierigkeit an der Diskussion schlage sich im Anspruch auf absolute Transparenz auf der einen Seite und die Zuordnung einer Abhängigkeit aufgrund von Umsatzzahlen auf der anderen Seite nieder. Letztendlich könne nur der tatsächliche Verdienst ein Indikator für Befangenheit im wirtschaftlichen Sinne sein. Dieser werde jedoch mit der Wiedergabe von Umsatzzahlen deutlich verfehlt.

Stadträtin **Schittenhelm** ergänzt ihre persönliche Sichtweise zur Zielsetzung des Antrags. Die Forderung nach Transparenz schaffe in diesem Zusammenhang nach ihrer Ansicht keine Information und mit der Veröffentlichung von Zahlen gerate man an bestimmte Grenzen.

Am Ende der Beratung bittet Stadtrat **Dr. Vierling** um Änderung des Wortlauts seines mit Vorl.Nr. 637/12 gestellten Antrags dahingehend, dass die bisher mit nicht öffentlicher Gemeinderatsvorlage zur Verfügung gestellten Informationen dem Gremium zukünftig in öffentlicher Form gegeben würden.

Stadträtin **Kreiser** spricht sich in diesem Zusammenhang für eine vertiefte Diskussion in den Fraktionen aus und legt nahe, die Abstimmung aus diesem Grund zu vertagen.

OBM **Spec** fasst die Beratungsergebnisse dahingehend zusammen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren ursprünglichen Antrag der Vorl.Nr. 637/12 zurückziehe und in modifizierter Form neu stellen werde. Weiterhin solle die Beschlussfassung über den modifizierten Antragswortlaut zugunsten einer vorbereitenden Diskussion in den Fraktionen zurückgestellt werden.

Auf Nachfrage von OBM **Spec** zeigt sich das Gremium einmütig mit der Verfahrensweise einverstanden.